

## Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst: Mit weiteren Streiks den Druck verstärken!

Auch bei der 2. Verhandlungsrunde zwischen ver.di und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) am 21./22. März in Potsdam gab es wie erwartet keine Einigung. Die VKA hat die Forderungen der Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes für eine finanziel-

le Aufwertung dieser wichtigen Berufe, für eine Verbesserung der belastenden Arbeitsbedingungen sowie für Maßnahmen gegen den großen Fachkräftemangel vom Tisch gewischt. Die Forderungen für eine verbindliche Festlegung von Vor- und Nachbereitungszeiten sowie für Entlast-

**Keine Milliarden für den Krieg!**  
Weder für Waffenlieferungen noch für neue Aufrüstung! Milliarden für Klima, Gesundheit, Bildung!

tungstage, um Belastungen auszugleichen, lehnt die VKA ab. Ihr Vorschlag, bei den Regelungen zum betrieblichen Gesundheitsschutz Maßnahmen zur Entlastung einzubeziehen, wie zum Beispiel eine Massage in der Mittagspause, zeigt, dass sie die Forderungen der Beschäftigten nicht ernst nehmen.



### Ohne Streik ändert sich nichts!

Das hat viele ErzieherInnen empört und wurde in Reden und auf Schildern bei der Kundgebung in Stuttgart am 29. März aufgegriffen: „Hier könnt ihr euch die Massagen hinschieben!!!“ – darunter war ein großer Arsch gemalt. „Zu viele Kinder, zu wenig Personal – wir sind total überlastet – viele werden krank und sind total ausgepowert. Es braucht eine echte Aufwertung und nicht eine Massage in der Mittagspause“, darüber waren sich die KollegInnen beim Streik in Stuttgart einig und dass es so nicht weitergehen kann.

Fortsetzung Seite 2

## Energiepreise stoppen

Die Energiepreise explodieren – Heizöl, Gas, Strom und Kraftstoffe sind unbezahlbar geworden. Gleichzeitig steigen auch die Mieten, werden Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs immer teurer.

Wir alle sind davon betroffen: Familien, Hartz-IV-EmpfängerInnen, Studierende, RentnerInnen, aber auch sogenannte „Normalverdiener“. Die Energiekonzerne verdienen sich dabei eine goldene Nase. Dabei sind Energieversorgung und Mobilität Grundrechte. Sie müssen für alle bezahlbar sein, sie gehören in Öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle.

### Energiepreise heizen Inflation an

Der Preis für Heizöl hat sich seit Anfang 2021 von damals 55 Cent/Liter auf aktuell 150 Cent/Liter fast verdreifacht. Für Gas

zum Kochen und Heizen erhöhte die EnBW den Preis von April 2021 von 7,846 Cent/kWh auf 22,22 Cent/kWh zum 01. März 2022. Der Strompreis ist im Schnitt mit 35 Cent/kWh höher als jemals zuvor. Die Absenkung der EEG-Umlage für erneuerbare Energien zum Jahresanfang von 6,5 Cent/kWh auf 3,72 Cent/kWh hat den Preisauftrieb nicht gebrochen. Ganz schlimm trifft es Hartz-IV-Betroffene, deren Regelsatz für Alleinstehende im Januar 2022 um schlappe 3 Euro angehoben wurde. Der Regelsatz beinhaltet ganze 38,07 Euro für Energie und Wohnungsinstandhaltung. Bei einem Grundpreis für den Strombezug von 8,73 Euro pro Monat darf der Hartz-IV-Betroffene bei einem Arbeitspreis von 46,27 Cent/kWh gerade einmal 63 kWh im Monat verbrauchen. Ein Mehrverbrauch muss im wahrsten Sinne durch weniger Essen

und Gürtel-enger-schnallen kompensiert werden.

Die Preise für Energie und Kraftstoffe haben Einfluss auf alle Produkte. Die Steigerungen sind der Treibstoff der gegenwärtigen Inflation.

### Was lässt wohl die Energiepreise explodieren?

Es ist nicht die Abhängigkeit von fossiler Energie, wie manche behaupten oder die vermeintlich mangelnde Gaslieferung aus

Fortsetzung Seite 3

**Energiepreisstopp jetzt!**  
Energiekonzerne  
in öffentliche  
Hand!  
**DKP**  
Deutsche Kommunistische Partei  
[www.energiepreisstopp-jetzt.de](http://www.energiepreisstopp-jetzt.de)

Auf ihrem Front-Transparent machten sie deutlich: „Ohne Streik wird sich nichts verändern“. Dass sie dazu bereit sind, zeigte die große Teilnahme von knapp 1200 Kolleginnen und Kollegen am Streik.

### Hohe Kampfbereitschaft

Von den 183 städtischen Kitas waren 109 ganz und 36 teilweise geschlossen, von den zehn Schülerhäusern beteiligten sich sechs, von den 14 Ganztagschulen machten zwölf mit. Mit einem bunten Demon-



strationszug durch die Innenstadt und kämpferischen Reden auf der Abschlusskundgebung am Schlossplatz machten die KollegInnen lautstark mit Rätschen auf ihr Anliegen aufmerksam. Sie schilderten die schwierige Situation in der Pandemie in den letzten zwei Jahren, die dadurch steigende Überlastung, den großen Personalmangel und die immer schwierigeren und belastenden Arbeitsbedingungen. Das wollen sie anerkannt bekommen durch die Verwirklichung ihrer Forderungen.

### Milliarden für Jugend statt für Krieg

Dass Geld da ist, zeige die Bereitstellung von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr – „davon könnten 200 000 Beschäftigte im Erziehungs- oder Sozialdienst zehn Jahre lang mit einem Lohn von 4000 Euro bezahlt werden“, so betonte eine junge Erzieherin auf der Kundgebung. Es sei doch sinnvoller, das Geld in Kinder und Jugendliche zu investieren und die, die für ihre Betreuung und Begleitung zuständig seien. Dafür bekam sie viel Applaus.

### Beschäftigte brauchen unsere Solidarität!

Die nächste Verhandlungsrunde im Tarifstreit ist für 16./17. Mai geplant. Doch vorher werde es auf jeden Fall noch

Streiktage geben, auch in Stuttgart, so Verdi-Geschäftsführer im Bezirk Stuttgart Cuno Brune-Hägele. Die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst haben in der Pandemie gezeigt, wie unverzichtbar und wertvoll ihre Arbeit für die Gesellschaft ist. Der Streik braucht breite Unterstützung und Solidarität von uns allen. Denn die Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen gehen uns alle an!

Bereits am 8. März fand ein erster Streiktag mit 2000 KollegInnen aus Stuttgart und den angrenzenden Landkreisen statt. Der Internationale Frauentag wurde bewusst als erster Streiktag gewählt, um gemeinsam mit der Frauenbewegung auf die Straße zu gehen. 4000 Menschen, insbesondere junge Frauen demonstrierten gemeinsam für ihre Rechte und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Es war das erste Mal in Deutschland, dass am 8. März ein Frauenstreik stattfand – eine historische Chance, diesem Tag eine höhere Wertigkeit, Bedeutung und Kampfkraft zu geben.



## Metalltarifrunde 2022: Ein weiteres Jahr Lohnverzicht?

Während die Gewinne in der Metall- und Elektroindustrie nur so sprudeln, gibt es bereits Forderungen seitens des Kapitals nach Verzicht wegen des Ukraine-Krieges. So der Chef von Südwestmetall Wilfried Porth: „... wir werden als Gesellschaft Einschnitte in den gewohnten Wohlstand akzeptieren müssen. Das wird die Menschen unterschiedlich, aber alle in irgendeiner Form treffen.“ Recht hat Herr Porth, während die Kapitalisten in den letzten Jahren immer reicher geworden sind blieb den abhängig Beschäftigten, den Rentnern und den Hartz-IV-Betroffenen immer weniger.

### Für eine tabellenwirksame Lohnerhöhung!

Bereits in den letzten beiden Jahren gab es Verzicht und Reallohnverluste wegen der Corona-Pandemie. Was wir in den letzten Monaten an Preissteigerungen erlebt haben und was noch kommen wird (Der Präsident des Handelsverbands Deutschland (HDE) Josef Sanktjohanser prognostiziert Preissteigerungen von mindestens zehn Prozent) zeigt, dass wir dringend eine ordentliche Lohnerhöhung

brauchen. Doch beim IG-Metall-Bezirksleiter Roman Zitzelsberger hört sich das so an: „Wir sind erfahren genug, wie etwa 2020 den Schalter umzulegen und eine tarifpolitische Brückenlösung zu finden.“

### Kein Lohnverzicht für den Krieg!

Das soll wohl heißen, daß Kollege Zitzelsberger der Meinung ist, dass wir nach immerhin 4½ Jahren ohne tabellenwirksame Lohnerhöhung nochmals darauf verzichten sollen, dass endlich wieder was in die Tabelle einfließt. Auch irgendwelche Einmalzahlungen nützen uns wenig, wir brauchen jeden Monat mehr Geld. Denn das Geld ist ja da, es fließt bloß in die falschen Taschen.

**Mercedes-Benz Group:** 2021: über 14 Mrd. Euro Gewinn – doppelt so viel wie 2020 – 5 Euro Dividende pro Aktie, (2020 1,35 Euro).

**Porsche:** 2021: 5,3 Mrd. Euro Gewinn, 27% Steigerung zu 2020, 2,56 Euro Dividende pro Aktie.

**Bosch:** 2021: 3,2 Mrd. Euro Gewinn, 60% Steigerung zu 2020.

### Arbeitszeitverkürzung dringend notwendig!

Auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gehört endlich einmal wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Denn was da alles auf uns zu rollt mit Digitalisierung und der sog. Transformation, Personalabbau und mit Betriebs-schließungen zeigt doch nur, dass eine Arbeitszeitverkürzung zur Sicherung von Arbeitsplätzen dringend notwendig ist. Es wäre an der Zeit, endlich einmal wieder die Kampfkraft der gesamten IGM in die Waagschale zu werfen für eine ordentliche Lohnerhöhung, für Arbeitszeitverkürzung, letztendlich für die Sicherung von Arbeitsplätzen.



# Sowjetische Ehrenmale beschmiert

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine kam es zu mehreren Vorfällen, bei denen Kriegsgräber und Ehrenmale der Roten Armee aus dem Zweiten Weltkrieg geschändet wurden. Diese Vorfälle müssen als Ausdruck einer Kampagne betrachtet werden, in der der deutsche Imperialismus das Volk erneut auf Kriegskurs bringen will. Dazu ist ein Umschreiben der Geschichte und eine Relativierung des deutschen Faschismus notwendig. Und leider finden sich für diese Kampagne willige Vollstrecker, die womöglich selbst nicht immer in der Lage sind, die Tragweite ihrer Taten zu begreifen.

## Wer hat denn wen überfallen?

Wie eine Umdeutung der Geschichte betrieben werden soll, lässt sich am Ehrenmal im Berliner Tiergarten beobachten. Dort entbrannte der Streit vor allem um die Panzer, zwei sowjetische T-34, die den Eingang des Ehrenmals flankieren. Selbsternannte Aktivisten verhüllten die Panzer mit einer ukrainischen Fahne, die CDU Berlin forderte sogleich die vollständige Entfernung der Panzer. Dabei blendeten Aktivisten und Politiker vollkommen aus, dass in der Roten Armee alle Völker der Sowjetunion, also neben Russen vor allem auch Ukrainer, gemeinsam gegen den deutschen Faschismus kämpften. Auch wenn es manche gerne so umdeuten würden: Deutschland wurde 1945 nicht „vom Russen überfallen“ – Deutschland wurde befreit und die Hauptlast dabei trug die Sowjetunion.

Im Ehrenmal am Treptower Park kam es bisher zu zwei schwereren Vorfällen. In der Nacht zum 7. April wurde die große Statue im Ehrenmal mit antirussischen Parolen beschmiert. Unter anderem wurde mit roter Farbe der Schriftzug „Tod allen Russen“ auf den Sockel der Statue geschrieben. In der Nacht zum 18. April wurde dann eines der Eingangsportale beschmiert, unter anderem mit dem Wort „Orks“. Orks sind in Tolkiens „Herr der Ringe“ bössartige Kreaturen, die Menschen überfallen und abschlachten. An diesen Schmierereien wird die ideologi-

sche Stoßrichtung klar: Es geht darum, „dem Feind“ das Menschsein abzuspülen und so das große Schlachten in den Köpfen vorzubereiten.

## Gegen Kriegshysterie!

Der Erhalt der Ehrenmale ist durch die 2+4-Verträge garantiert. Sie in Frage zu stellen, ist ein weiterer Stoß gegen die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens der Völker. Denn nur mit dem Respekt vor den unterschiedlichen Interessen der Völker, die in solchen Verträgen Ausdruck finden, kann eine Grundlage für Frieden geschaffen werden. Wir appellieren, sich nicht von der Kriegshysterie anstecken zu lassen! Kämpfen wir gemeinsam für internationalen Dialog und Ausgleich! Beginnen wir damit, indem wir am 8. und 9. Mai die Befreiung vom Faschismus feiern und den Befreier danken - unabhängig von ihrer Nationalität.

**UZ-Sozialistische  
Wochenzeitung der DKP**

**UZ** Che würde  
UZ lesen!



**Jetzt**

**4 Wochen  
kostenlos  
probelesen**

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 4 Wochen kostenlos. Das Probeabo endet automatisch.

Name

Vorname

Straße / Haus Nr.

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail-Adresse

Sie erhalten die DKP-Zeitung UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich. Das Abo endet automatisch.

Bestellung: ComenPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18  
45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • [vertrieb@unsere-zeit.de](mailto:vertrieb@unsere-zeit.de)

Fortsetzung von Seite 1

Russland, es sind auch nicht die geldgierigen OPEC-Länder. Hauptverantwortlich ist das chaotische kapitalistische Wirtschaftssystem. Es ist ausschließlich an Profiten interessiert und nicht an Umweltschutz und sozialer Sicherheit. Im Energie-Preispoker treiben vor allem die Hedgefonds den Preis in ungeahnte Höhe.

## Klimapolitik zu Lasten der Werktätigen

Die Gefahr, die sich aus Umweltzerstörung und Klimaveränderung für die Existenz der Menschheit ergibt, ist real. Hierfür aber die Werktätigen und ihren Energieverbrauch verantwortlich zu machen ist falsch. Falsch ist es auch, Massensteuern zu erheben, um den Verbrauch zu senken und gleichzeitig den Konzernen Rabatte für ihre energieintensive Produktion einzuräumen. Das alles ist nur eine Umverteilung von unten nach oben.



## Was hilft uns aus der Not?

Der Spruch von MP Kretschmann, dass wir uns auf Wohlstandsverluste einstellen sollen, ändert nichts. Der Verbrauchermi- nister Hauk/CDU erzählt, dass mit einer Joppe auch bei 15°C im Wohnzimmer eine ausreichende Wohlfühltemperatur herrscht. Es hilft auch nicht ein einmaliger Heizkostenzuschuss von 270 Euro für WohngeldbezieherInnen oder von 230 Euro für BAföG-EmpfängerInnen sowie für Auszubildende mit Berufsausbildungsbeihilfe durch die Agentur für Arbeit.

## Energiepreisstopp jetzt!

Helfen tut sofort nur ein gesetzlicher Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Strom- und Gassperren müssen verboten und Haushalte mit Bezug von Sozialhilfe müssen einen ausreichenden Energiezuschlag erhalten. Die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand bei demokratischer Kontrolle.

# Keine Milliarden für den Krieg!

Die Bilder vom Krieg in der Ukraine sind zutiefst schockierend. Krieg führt immer zu unsäglichem Leid. Dieser Krieg, der bereits 2014 als Bürgerkrieg gegen die Volksrepubliken im Donbass begann, wird zudem die Weltwirtschaft durch die vom „Wertewesten“ verhängten Sanktionen schädigen und die Nahrungsmittelversorgung u.a. in Ostafrika gefährden.

## Keine Waffen in die Ukraine!

Trotz des einseitig gegen Russland gerichteten medialen Trommelfeuers, ist über ein Drittel der deutschen Bevölkerung nicht bereit, durch die Lieferung schwerer Waffen den Krieg in der Ukraine weiter zu befeuern und so das Leid zu verlängern. Wer den Krieg ernsthaft beenden will, muss den Weg zu Verhandlungen, die die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Beteiligten berücksichtigen, offen halten, statt zu eskalieren. Dazu bedarf es aber des Drucks aus der Friedensbewegung.

## Schuld ist nur der Russe?

Die einseitige Forderung, Putin möge den Krieg beenden, verkennt, dass auf dem Rücken der ukrainischen Bevölkerung machtpolitische Interessen der US-dominierten NATO gegenüber Russland durchgesetzt werden sollen und deshalb kein ernsthaftes Interesse an der Beendigung des Krieges besteht. Deshalb hat auch der britische Premier Boris Johnson dem ukrainischen Präsidenten Selenski davon abgeraten, vorschnell einer Friedenslösung mit Russland zuzustimmen. „Dieser Krieg wird auf dem Schlachtfeld gewonnen“, twitterte EU-Kommissions-Vizepräsident Josep Borrell und die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock will mit Sanktionen „Russland ruinieren“. Alle Versuche Russlands im Vorfeld des Einmarschs, zu einer Verhandlungslösung (u.a. durch Stationierungsverbote für Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie für Kernwaffen außerhalb des eigenen Territoriums) zu kommen, wurden von der NATO vom Tisch gewischt. Die Aufnahme einer – perspektivisch auch atomar bewaffneten – Ukraine in die NATO dient der weiteren Einkreisung Russlands und widerspricht elementaren russischen Sicherheitsinteressen, wurde aber bewusst voran getrieben. Das rechtfertigt nicht die russische Intervention, zeigt aber die Verlogenheit einseitiger Schuldzuweisungen und entlarvt den eigentlichen Aggressor.

## Wir frieren nicht für eure Kriege!

Nun wird der Krieg in der Ukraine genutzt, um die längst geplante Aufrüstung der Bundeswehr voran zu treiben. Die Rüstungsausgaben sollen auf jährlich 80 Mrd. Euro (2% des BIP) erhöht werden und für die Bundeswehr soll ein 100-Milliarden-Sondervermögen im Grundgesetz festgeschrieben werden. Damit sollen u.a. bewaffnete Drohnen und neue Kampfflugzeuge, die die in Büchel gelagerten



US-Atombomben im Rahmen der atomaren Teilhabe ins Ziel – also Russland – fliegen sollen, angeschafft werden. Das wird jeden Haushalt 2500 Euro kosten. Dazu kommen noch die wirtschaftlichen Folgeschäden durch den Boykott russischer Energieträger und Wirtschaftssanktionen.

Geht es nach Ministerpräsident Kretschmann, so müssen wir uns „auf härtere Konfrontationen und härtere Einschnitte einstellen. [...] Dazu muss jeder von uns

seinen Beitrag leisten, es wird weniger zu verteilen geben.“ Die „Herstellung von Resilienz und Wehrhaftigkeit“ sollen wir also mit unserer Bildung, unserer Gesundheit und steigenden Energiepreisen bezahlen. Menschenleben werden damit sicher nicht gerettet.

## Die Probleme von morgen lassen sich nicht mit den Antworten von gestern lösen ...

Zudem wollen die USA hochpräzise „Dark Eagle“-Hyperschallwaffen in Europa stationieren. Diese Erstschlagswaffen könnten – vergleichbar mit den Pershing-Raketen in den 80er Jahren – durch ihre kurze Flugzeit den russischen Gegner enthaupten. Die hierfür zuständige US-Kommandozentrale EUCOM in Stuttgart wird damit zu einem potentiellen Angriffsziel des russischen Militärs. Statt die Welt in ein neues Wettrennen zu stürzen, bedarf es einer Stimme der Vernunft. Militärische Logik und Eskalation führen letztlich in den Atomkrieg. Die Probleme des Klimawandels oder der Auswirkungen der Pandemie lassen sich nur global, gemeinsam mit Russland und der Volksrepublik China lösen. Mit einer unipolaren Weltordnung und imperialistischer Konkurrenz wird es keine Zukunft für die Menschheit geben.

